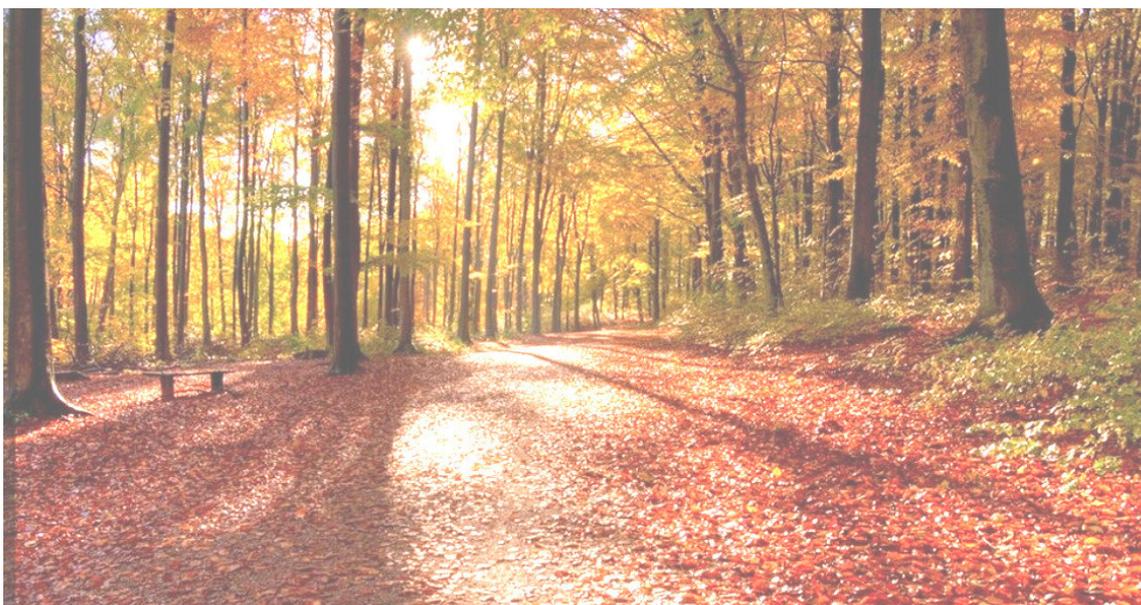


Von: CDU Ortsverband Holweide <hwbartsch@6748738.brevosend.com>
Gesendet: Freitag, 1. November 2024 11:20
An: c.butz@outlook.com
Betreff: Unser CDU Holweide Newsletter für Sie!

Newsletter 10/24



**Liebe Mitglieder der CDU Holweide,
liebe Freunde unseres Stadtteils,**

die Herbstferien sind vorbei und die Uhren sind wieder um ein Stunde zurückgestellt worden. Der Alltag in Familie, Schule und Beruf hat wieder begonnen. Wir wünschen besonders unseren Schülern einen guten Start.

Begonnen hat natürlich auch der politische Betrieb im Rat der Stadt Köln, der Bezirksvertretung Mülheim und in den Ortsverbänden. Der Vorstand der CDU Köln hat sich auf einen OB-Kandidaten für die Kommunalwahlen festgelegt. Aber ob Kreisvorsitzender Karl Alexander Mandl tatsächlich der CDU Kandidat für die OB-Wahl werden wird, bleibt noch unklar. Es haben sich weitere Kandidaten gemeldet.

Der heutige Newsletter befasst sich mit folgenden Themen:

- **Sonntagsfrage: Bundestagswahl**
- **Wohin steuert unser Land?**
- Die wirtschaftliche Krise in Deutschland ist hausgemacht!
- **Krankenhausreform wurde verabschiedet!**
- Lieber keine Reform als diese!
- **Was gibt es Neues?**
- OB-Kandidat - Wer soll es richten?

- Schäl Sick-Gipfel!
- Karl Mattar erinnert sich!
- Trauer um Mieke Guntermann!
- Fehl-Alarm in Holweider!
- **Siegmar Heß unseres Bundestagskandidat**
 - Gefährliche Cannabis-Freigabe
- **Artur Tybussek: Bericht unseres Stadtverordneten**
 - GRUNDSTEUER - ab 2025 könnte es drastisch teurer werden
- **Anträge und Anfragen**
 - Mehr Sicherheit bei Ampelanlagen
- **Termine**
- **Informationen**
 - aus der Bezirksvertretung Mülheim
 - aus dem Rat der Stadt Köln
 - aus der CDU Ratsfraktion
- **Mitglied werden!**

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit.

Mit herzlichen Grüßen

Hans-Werner Bartsch
Vorsitzender

Sonntagsfrage: Bundestagswahl

CDU/CSU 34 %, SPD 16 %, Grüne 11 %, FDP 4 %, Linke - %, AfD 17 %, BSW 6 %



Wohin steuert unser Land?

Die wirtschaftliche Krise in Deutschland ist hausgemacht!

Wirtschaftswissenschaftler verweisen auf die „Ruckrede“ des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog aus dem Jahr 1997, die damals wegen hoher Arbeitslosigkeit und Reformstaus gehalten wurde und heute wieder aktueller denn je ist. Trotz einer gesunkenen Arbeitslosenzahl sind immer mehr Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen und beziehen Bürgergeld.

Minister Robert Habeck räumt ein, dass die erhoffte wirtschaftliche Belebung ausbleibt, während strukturelle Schwächen die Wirtschaft belasten. Deutschland, einst eine wirtschaftliche Supermacht, sieht sich heute ohne klare Ideen und Konzepte zur Erhaltung des Wohlstands. Die Bundesregierung hat keine klare Strategie, um in einer zunehmend schwieriger werdenden Weltwirtschaft zu bestehen. Die Ansätze der Koalitionspartner sind uneinig und widersprüchlich und ihre Wachstumsinitiative ist unzureichend, um die Krise zu bewältigen. Es bedarf eben mehr als nur beschwichtigender Worte des Kanzlers, um den benötigten „Ruck“ auszulösen, doch die Ampelregierung ist dazu nicht in der Lage.



"Die Lasten der Reform sollen bei den gesetzlich Versicherten abgeladen werden, wo sie nichts zu suchen haben. Für die wird es also teurer, aber nichts besser!"

Krankenhausreform wurde verabschiedet!

„Lieber keine Reform als diese!“

Barmer-Krankenkassen-Chef Prof. Christoph Straub lehnt die Klinikplänen der Koalition ab

Gesundheitsminister Karl Lauterbach beschreibt seine Krankenhausreform als revolutionär, doch Kritiker wie Professor Straub, sehen sie als stark verwässert an.

Ursprüngliche Pläne, die Krankenhauslandschaft grundlegend zu reformieren, wurden nicht umgesetzt, und es wird befürchtet, dass **gesetzlich Versicherte die Kosten tragen müssen**, ohne eine Verbesserung der Versorgung zu erfahren.

Die Reform sieht zwar einheitliche Qualitätsvorgaben vor, jedoch sind viele Ausnahmen geplant, die eine effektive Umsetzung gefährden.

Die Finanzierung soll durch die gesetzliche Krankenversicherungsbeiträge erfolgen, während die private Krankenversicherung nicht zur Kasse gebeten werden können.

Straub warnt vor steigenden Beiträgen und sieht die Notwendigkeit einer echten Reform, um die finanziellen Lasten zu entlasten.

Was gibt es Neues?



Karl Alexander Mandl



Hendrik Biergans

OB-Kandidat - Wer soll es richten!

Auf der mit Spannung erwarteten Sitzung des Parteivorstands der Kölner CDU am Montagabend wurde festgelegt: **Karl Alexander Mandl** soll sich für die Partei bei der Kölner Oberbürgermeisterwahl 2025 für die potenzielle Nachfolge von Henriette Reker aufstellen lassen.

„Ich bedanke mich für das Vertrauen. Von hier aus möchte ich das Signal geben: Streiten können sich andere Parteien, lasst uns gemeinsam diesen Weg gehen“, so Parteichef Mandl in einer ersten Stellungnahme noch in der Sitzung.

Dabei war das Abstimmungsergebnis nicht gerade überzeugend: nur 60,7% stimmten für Mandl, 32,3 % dagegen.

Stellt sich also die Frage: Reicht das?

Es gibt Stimmen, die Mandl als untauglich ansehen und die quasi ergebnislose Arbeit der Kommission, die monatelang unter dessen Führung einen geeigneten Kandidaten habe suchen sollen, scharf kritisieren.

Daher kann erwartet werden, dass sich mit den beliebten CDU-Größen **Hendrik Biergans** und **Oliver Kehrl** zwei weitere Parteifreunde zur Kandidatur melden und in der Aufstellungsversammlung ebenfalls ihren Hut in den Ring werfen.

Es bleibt also spannend.

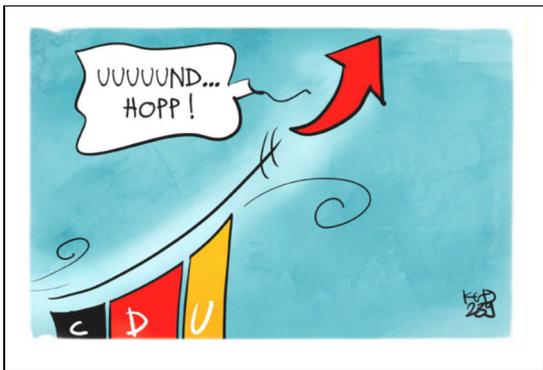
Aber die Demokratie lebt eben von der Auseinandersetzung um den besten



Oliver Kehrl

Weg, die besten Personen und natürlich von der Auswahl. Diese werden die Mitglieder der Kölner CDU am 30. November im Kristallsaal der Kölnmesse nun haben.

Möge der Bessere und aussichtsreichere gewinnen.



Schäl Sick-Gipfel!

Machen Sie mit!

Damit es bei der Kommunalwahl 2025 mit einem starken „Hop“ für die Kölner CDU nach oben geht, ist eine **Initiativkonferenz** für die Schäl-Sick geplant, um die Ortsverbände mit den Mitgliedern für eine noch bessere Unterstützung vor Ort zu gewinnen. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Die Veranstaltung findet am **14. Dezember von 10-13 Uhr in der Schützenhalle Holweide** statt.

Karl Alexander Mandl betont die Wichtigkeit einer starken CDU für die 400.000 Menschen in der Region des rechtsrheinischen Kölns und lädt alle Mitglieder ein sich einzubringen, Fragen zu stellen und Anregungen zu geben. Anmeldungen dazu sind in der Kreisgeschäftsstelle möglich.

Trauer um Mieke Guntermann



Ruhe in Frieden!

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Mieke Guntermann, die im Alter von 85 Jahren und nur wenig später der Liebe ihres Lebens, Paul Guntermann, gefolgt ist. Ihr plötzlicher Tod hat uns tief berührt.

Der CDU Ortsverband Holweide ist sehr traurig über den Verlust einer engagierten und verdienten Mitsreiterin. Mieke hat sich stets für unsere Ziele und die politische Arbeit vor Ort gewinnbringend und konstruktiv eingesetzt und dabei einen bleibenden Eindruck hinterlassen. In Würdigung und Anerkennung ihres wertvollen Einsatzes werden wir ihr in Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind in diesen Stunden bei der Familie Guntermann und Klauke. Mieke und Paul werden in unseren Herzen weiterleben und uns als Vorbilder in Erinnerung bleiben.

In stiller Anteilnahme!



Karl Mattar erinnert sich!

Karl Mattar erinnert sich an den 14. Oktober 1944, als die Mülheimer Brücke nach einem Bombenangriff einstürzte und die Kirche St. Mariä Himmelfahrt zerstört wurde. Mit 14 Jahren erlebte er diesen schrecklichen Moment und spürte, dass der Krieg verloren ging, was für ihn auch eine Erleichterung war. Aufgewachsen in Holweide hatte seine Großmutter, die den Nationalsozialismus ablehnte, großen Einfluss auf ihn. Die Landung der Westalliierten in der Normandie brachte Hoffnung, trotz der folgenden Bombardierungen.

Mattar beschreibt die Schrecken des Herbstes 1944, als Köln intensiv bombardiert wurde. Er und seine Familie suchten Schutz in einem

Luftschutzkeller, und der Glaube gab ihnen Kraft. Nach der Zerstörung der Mülheimer Brücke und der Kirche St. Mariä Himmelfahrt rettete er das Allerheiligste aus der Kirche.

Heute, 80 Jahre später, sieht er mit Sorge auf den Krieg in der Ukraine und den Rechtsruck in Deutschland. Er warnt vor der AfD und fürchtet, dass sich die Geschichte wiederholen könnte.



Bild: WDR

Fehlalarm in Holweide!

Falscher Alarm an Holweider Gesamtschule

Am Mittwochnachmittag der letzten Woche löste ein **Amok-Alarm** an der Gesamtschule Holweide einen Großeinsatz der Polizei aus. Der Alarm wurde gegen 14 Uhr ausgelöst, die Ursache ist unklar.

Polizei und Spezialeinsatz-kommandos durchsuchten die Schule, fanden jedoch keine verdächtigen Personen oder Gegenstände. Eltern, Schüler und Lehrer wurden in Aufregung versetzt, während die Polizei die Umgebung sperrte.

Um 16:30 Uhr gab die Polizei Entwarnung, und die Schüler wurden sicher ihren Eltern übergeben.



Siegmund Heß

unser
Bundestagskandidat!

Gefährliche Cannabis-Freigabe

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

eines der Themen, die in meinem Bundestagswahlkampf wichtig sind, ist das Rückgängigmachen der Cannabis-Freigabe. Wie Sie wissen, ist die Entkriminalisierung des Cannabis-Besitzes ein Prestigeprojekt meines Mitbewerbers im Wahlkreis Leverkusen-Köln IV, Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Deshalb werde ich dieses Thema sehr genau beleuchten.

Seit dem Inkrafttreten des "Konsumcannabisgesetzes" ist nicht nur der Konsum von Haschisch deutlich gestiegen, sondern auch der illegale Handel erlebt geradezu eine Blütezeit. Bis zu 25g Cannabis darf inzwischen jede Person in der Öffentlichkeit mitführen, das entspricht der Menge von ca. 50-80 Joints! Zu Hause darf man sich sogar mit 50g bevorraten. Wegen dieser erheblichen Freimengen ist die Polizei nicht mehr in der Lage, bei Kontrollen Dealer von Konsumenten zu unterscheiden; entsprechend boomt das Geschäft der Rauschgiftbanden. Zu diesem Geschäft gehört, dass diese Banden, etwa die Moco-Mafia aus den Niederlanden, mit brutalsten Mitteln, die wir sonst eher aus Kinothrillern kennen, um Absatzgebiete kämpfen und ihre Interessen durchsetzen. Dazu gehören Sprengstoffanschläge, Folter und Mord, leider auch bei uns in Köln. Sie konnten im Laufe der letzten Monate mehrfach davon in den Medien lesen.

Zur Erinnerung: Lauterbach wollte mit dem Gesetz erreichen, dass Cannabis-Konsumenten ihren Bedarf nicht mehr beim Dealer decken müssen, sondern entweder zu Hause entsprechende Pflanzen selbst züchten oder zu einem sogenannten Anbauverein gehen. Obwohl das Gesetz nun seit einem halben Jahr in Kraft ist, ist dieser Plan nicht aufgegangen. Bundesweit wurden bisher weniger als 50 Anbauvereine genehmigt. Daher haben Dealer-Banden wegen der gestiegenen Nachfrage der Konsumenten Hochkonjunktur.

Das Konsumcannabisgesetz ist ein Paradebeispiel gefährlicher Experimente in der Politik. Dieses Experiment ist schief gegangen und hierfür hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach die Verantwortung zu tragen. Mit der CDU setze ich mich dafür ein, dieses schlimme Gesetz nach der Bundestagswahl wieder abzuschaffen.

Was ist Ihre Meinung zu diesem Thema? Bitte schreiben Sie mir:

kontakt@siegmund-hess.de

oder telefonisch (0175) 6133743

Ihr *Siegmar Heß*



Artur Tybussek

**Bericht unseres
Stadtverordneten!**

GRUNDSTEUER
ab 2025 könnte es drastisch teurer werden.

Hintergrund:

Das Bundesverfassungsgerichts hat im Jahr 2018 die bisherige Bewertung der Grundstücke für verfassungswidrig erklärt, weil die im Westen Deutschland zuletzt 1964 und im Osten Deutschlands zuletzt 1935 durchgeführte Wertermittlung von Grundeigentum und die daraus resultierenden ungleich verteilten Werteverstärkungen keine realitätsgerechte Abbildung der Wirtschaftsgüter und damit keine gleichmäßige Belastung der Steuerpflichtigen gewährleisten würde. Nur noch bis zum 31.12.2024 darf deshalb auf Basis des bisherigen Rechts die Grundsteuer erhoben werden.

Der Bundesgesetzgeber hat nach jahrelangen Beratungen ein neues Bewertungsmodell (das sog. Bundesmodell) geschaffen. Parallel wurde eine Abweichungsklausel zugunsten der Länder vorgesehen.

Das Land NRW hat im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern das Bundesmodell übernommen. Danach kommt es allein auf die mit dem Innehaben von Grundbesitz einhergehende Möglichkeit einer ertragsbringenden Nutzung und damit das objektive Ertragspotenzial an. Auf die individuellen Verhältnisse des konkreten Eigentümers oder der konkreten Eigentümerin kommt es dabei konsequenterweise nicht an.

Die Wohngrundstücke (also Ein- und Zweifamilienhäuser, Mietwohngrundstücke und Wohneigentum) werden im Ertragswertverfahren bewertet, also auf Basis der Bodenrichtwerte und von gesetzlich festgelegten standardisierten Mieten unter Berücksichtigung des Gebäudealters.

Die sogenannten Nichtwohngrundstücke (also Geschäftsgrundstücke, unbebaute Grundstücke und

gemischt genutzte Grundstücke mit mindestens 20% Nichtwohnanteil) werden im Sachwertverfahren bewertet, also auf Basis der Bodenrichtwerte und von gesetzlich festgelegten standardisierten Baukosten.

Im Gesetzgebungsverfahren war versprochen worden, dass die Veränderung der Bewertungsgrundsätze im Ganzen nicht zu einer generellen Erhöhung der Grundsteuer führen würde. Diese sog. Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform sollte es den Kommunen zwar nicht verwehren, ihre Hebesätze in Ausübung ihrer Hebesatzautonomie eigenständig und mit Blick auf die jeweilige Haushalts- und Finanzlage festzulegen und ggf. auch anzuheben, intransparente Steuererhöhungen quasi „im Windschatten der Reform“ sollten aber vermieden werden.

Erhöhungen sollten transparent erfolgen, dafür wurde von den Landesfinanzministerien sogen. aufkommensneutrale Hebesätze für jede einzelne Stadt berechnet und veröffentlicht. Für Köln berechnet das Ministerium folgende aufkommensneutralen Hebesätze:

Grundsteuer B - 464 Punkte

bei einem einheitlichen Hebesatz für alle Grundstücke

oder

Grundsteuer B - 356 Punkte

bei dem differenzierten Hebesatz für Wohngrundstücke

Grundsteuer B - 702 Punkte

bei dem differenzierten Hebesatz für Nichtwohngrundstücke

Zur Erinnerung:

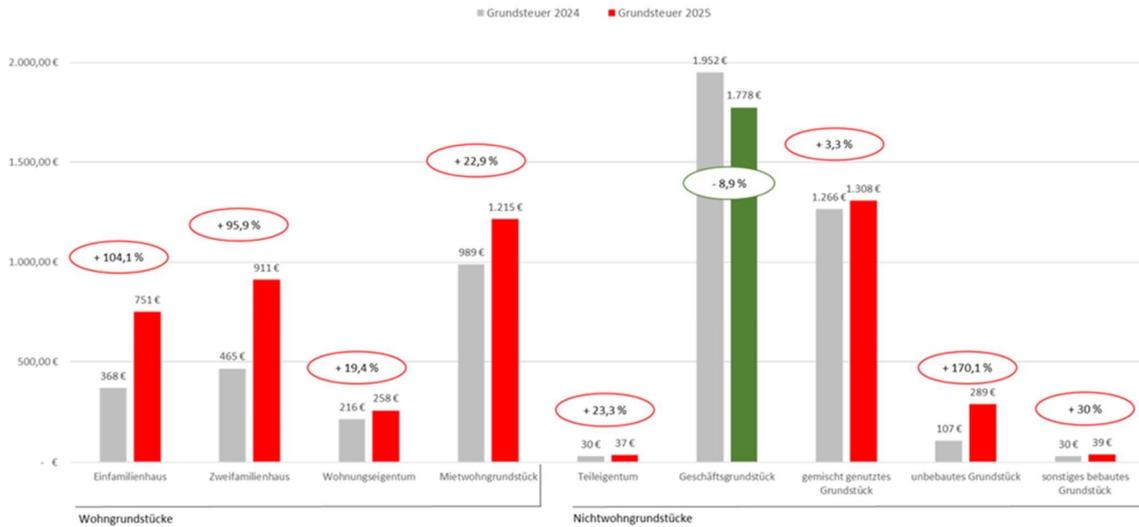
Bislang beträgt der Hebesatz einheitlich für alle Grundstücke **515 Punkte**

Die Kämmerin hat dem Stadtrat nunmehr den Entwurf für die neue Grundsteuersatzung vorgelegt. Dabei soll der bisherige Hebesatz von 515 Punkte „beibehalten“ werden. Tatsächlich ist dieses „Beibehalten“ jedoch eine grobe Täuschung der tatsächlichen Verhältnisse.

Der „aufkommensneutrale Hebesatz“ liegt nämlich an der Berechnung des Finanzministeriums lediglich bei **464 Punkte**. Die „Beibehaltung“ des bisherigen Hebesatzes ergibt eine Mehreinnahme der Stadt Köln von ca. 23 Mio Euro.

Für den sog. Medianwert würde dieses nach Angaben der Kämmerin folgendes bedeuten:

Gegenüberstellung der Medianentwicklung der Grundsteuerlast bei einem einheitlichen Hebesatz von 515 %

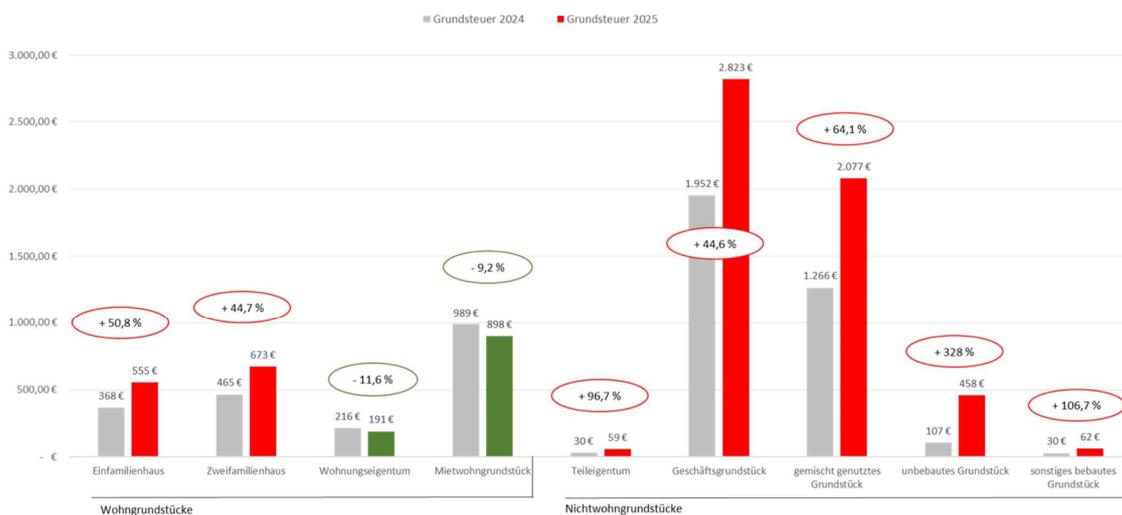


Eine Erhöhung um über 100 % für das Einfamilienhaus ist für die CDU ebenso nicht tragbar wie die 95-prozentige Erhöhung für ein Zweifamilienhaus.

Die CDU-Fraktion setzt sich deshalb für unterschiedliche Hebesätze für Wohngrundstücke und Nichtwohngrundstücke ein. Auch hier würde es zu Erhöhung bei den Wohngrundstücken kommen, jedoch abgemildert.

Die Kämmerin berechnet folgende Werte:

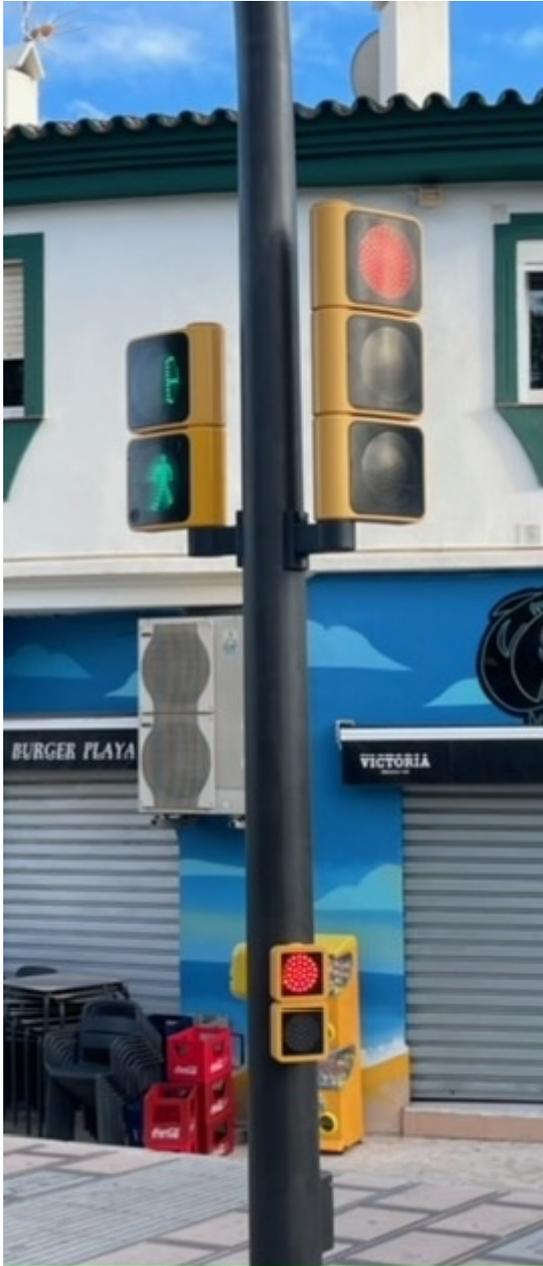
Gegenüberstellung der Medianentwicklung der Grundsteuerlast bei einem differenzierenden Hebesatz nach der Methodik des Landes NRW für Wohngrundstücke von 382 % und für Nichtwohngrundstücke von 821 %



Sie sehen also, dass im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen der Grundsteuerentscheidung eine starke Bedeutung zu kommt.

Die CDU-Ratsfraktion setzt sich für eine möglichst geringe Belastung der Grundstückseigentümer und der Mieter ein.

Anfragen und Anträge



Mehr Sicherheit bei Ampelanlagen

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim beauftragt die Verwaltung, Vorschläge zur Erweiterung der Sicherheit an Lichtzeitanlagen in unserer Stadt zu prüfen und deren Umsetzung zu erarbeiten.

Auf Auslandsreisen trifft man oft auf deutlich bessere Erkennbarkeiten der Ampelschaltungen durch kleinere Zusatzampeln im besser einsehbaren mittleren Bereich der Ampel sowie auf Fußgängerampeln, die auch die Dauer der Grünphase anzeigen. Städte wie Hamburg und Berlin nutzen diese Erkenntnis und stellen ihre Lichtzeitanlagen entsprechend um. Angesichts der Umstellung auf moderne LED-Technik in Köln bietet sich auch für unsere Stadt die Möglichkeit, diese Verbesserungen wie folgt umzusetzen:

- **Für Fahrzeuge:** Zusätzliche Ampelzeichen in mittlerer Höhe zur besseren Erkennbarkeit und Sichtbarkeit der aktuellen Ampelschaltung.
- **Für Fußgänger:** Zusätzliche Countdown-Zeitangabe zur Grünphasendauer für eine sichere Überquerung.

Die moderne LED-Technik ermöglicht zudem eine kosten-günstige Erweiterungen, die vor allen Dingen den Sicherheitsgewinn wert sind.



Bitte notieren!

01. November
Martinsfeuer der Bürgervereinigung

02. November

Proklamation des Holweider Kinderdreigestirns der Bürgervereinigung
zusammen mit den Burgwächtern

03. November

Weltmännertag mit Vortrag zum Thema „**Männergesundheit**“
von Dr. Andreas Thiele in der KGS mit anschließender Einkehr
ins Brauhaus Sion

09. November

Sessionseröffnung der Burgwächter in Hollwig
in der Schützenhalle

30. November bis 01. Dezember

CDU Nominierungsparteitag
für OB-Kandidat und Ratskandidaten

30. November bis 01. Dezember

Holweider Adventsmarkt der Bürgervereinigung

07. Dezember

Kölsche Weihnacht der Burgwächter bin Hollwig im Stadtplais

14. Dezember

Initiativkonferenz - Chance 2025
Die Schäl Sick startet durch!

Informationen



der Bezirksvertretung Mülheim

Nächste Sitzung:
02.09.2024, 17 Uhr

*Informationen zu den
Sitzungen der Bezirksvertretung
finden Sie*

- [hier!](#)



aus dem Rat der Stadt Köln

Nächste Sitzung:
01.10.2024, 15:30 Uhr

Informationen über den **Rat** und seine **Ausschüsse** finden Sie

- [hier!](#)



aus der CDU Ratsfraktion

finden Sie

- [hier!](#)

Jetzt in die CDU.

Mitglied werden!



Zum **Mitgliedsantrag** geht es [hier!](#)
Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt

CDU Ortsverband Holweide

Buschfeldstr. 64, 51067, Köln

Vorstand:

Hans-Werner Bartsch (Vorsitzender),
Stephan Krüger, Dr. Eckart Treunert und Dietmar Cichos

Ratsmitglied:

Artur Tybussek artur.tybussek@koeln.de

Bezirksvertreter und stellv. Bezirksbürgermeister:

Stephan Krüger stephan.krueger@stadt-koeln.de

Geschäftsstelle:

Tel.: +49 221 634651

Fax: +49 221 6366488

Mail: info@cdu-holweide.de

cdu-koeln-holweide.com

Diese E-Mail wurde an c.butz@outlook.com gesendet.
Sie haben die E-Mail erhalten, weil wir Ihnen damit die Gelegenheit geben möchten,
unseren Newsletter kennenzulernen.

[Im Browser öffnen](#) | [Abbestellen](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)



